



Landeskonferenz der
Gleichstellungsbeauftragten an den
wissenschaftlichen Hochschulen
Baden-Württembergs

Wahlprüfsteine der LaKoG zur Landtagswahl 2026 in Baden- Württemberg

13.02.2026

Sprecherin der LaKoG
Prof. Dr. Marieluise Kliegel

Kontakt:

Leiterin der Geschäftsstelle der LaKoG
Luzie Schmitt
luzie.schmitt@lakog.uni-stuttgart.de
0711 685 82003

Geschäftsstelle der LaKoG
Universität Stuttgart
Azenbergstr. 12
70174 Stuttgart

Inhalt

Vorwort	2
Wahlprüfsteine 2026.....	3
Antworten der Parteien	4
CDU.....	4
FDP.....	6
Grüne.....	9
SPD.....	12
Die Linke	16

Vorwort

Die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen Hochschulen Baden- Württembergs (LaKoG) vertritt standortübergreifend die Interessen der Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen und Studentinnen auf dem Gebiet der Gleichstellung in Bezug auf Wissenschaft und Kunst auf Landes- und Bundesebene sowie in der Öffentlichkeit.

Für die kommende Landtagswahl am 8. März 2026 hat der Vorstand der LaKoG im Auftrag der Mitgliederversammlung einen Fragekatalog zusammengestellt, der an die fachpolitischen Sprecher*innen der im Landtag vertretenen Parteien sowie Die Linke geschickt wurde. Geantwortet haben CDU, FDP, Grüne, SPD und Die Linke.

Die Wahlprüfsteine enthalten zentrale Anliegen der Wissenschaftlerinnen und der Gleichstellungsbeauftragten. Den Fragenkatalog sowie die Antworten der Parteien können Sie den nächsten Seiten entnehmen.

Das Ziel der Wahlprüfsteine ist es, Sie bei der Wahlentscheidung zu unterstützen. Sie können sie aber auch einsetzen, um mit den Kandidat*innen ins Gespräch zu kommen.

Die Antworten sind vollständig wiedergegeben. Die Positionen sind weder paraphrasiert noch bewertet. Sie dürfen das Dokument gerne weiterleiten.

Sprecherin der LaKoG

Prof. Dr. Marieluise Kliegel

Kontakt:

Leiterin der Geschäftsstelle der LaKoG
Luzie Schmitt
luzie.schmitt@lakog.uni-stuttgart.de
0711 685 82003

Geschäftsstelle der LaKoG
Universität Stuttgart
Azenbergstr. 12
70174 Stuttgart

Wahlprüfsteine 2026

zu den Landtagswahlen am 8. März 2026

1. Verankerung von Gleichstellungsplänen

Gleichstellungspläne entfalten nachweislich Wirkung – sie sind entscheidend für das Renommee von Hochschulen, für die erfolgreiche Einwerbung nationaler und europäischer Forschungsgelder sowie für die nachhaltige Erhöhung des Professorinnenanteils. Ihre konsequente Verankerung ist daher von zentraler Bedeutung für den Fortschritt bei der Gleichstellung an Hochschulen und darf nicht geschwächt werden.

- Plant Ihre Partei, die Verankerung von Gleichstellungsplänen und deren Umsetzung an Hochschulen nachhaltig zu fördern?

2. Umsetzung der Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

Im Oktober 2025 wurde die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg verabschiedet. Diese enthält, u.a., Maßnahmen für die Bereiche „Wissenschaft und Hochschule“ sowie „Unterschiedliche Bedarfe der Frauen- und Männergesundheit: Bedeutung und Integration in die medizinische Ausbildung“.

- Was plant Ihre Partei, um dafür zu sorgen, dass die in der Strategie enthaltenen Maßnahmen in den beiden genannten Bereichen nachhaltig umgesetzt werden, so dass die Ziele erreicht werden können?
- Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Lücke in der akademischen Karriereleiter zwischen dem Abschluss der Promotion und der Professur für Frauen in BW zu schließen?
- Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um Gender- und Diversitätsforschung, auch im medizinischen Bereich, weiter zu verankern?
- Welche zuständigen strukturellen Maßnahmen zur Verankerung einer gendersensiblen Medizin in Forschung, Klinik und Lehre in der baden-württembergischen Hochschullandschaft plant Ihre Partei?

3. Vereinbarkeit

Die Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaft, Beruf und Familie ist insbesondere für Studentinnen und Wissenschaftlerinnen weiterhin eine große Herausforderung, die Nachteile in der Gestaltung einer wissenschaftlichen Karriere mit sich bringt.

- Welche Maßnahmen plante Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bzw. Care-Aufgaben für Wissenschaftler*innen zu fördern und prekäre Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft abzubauen?

Antworten der Parteien

CDU

1. Gleichstellungspläne an Hochschulen sind aus unserer Sicht wichtig, weil empirisch gut belegt ist, dass Hochschulen geschlechtsspezifische Leaky-Pipeline-Effekte aufweisen, es insbesondere in der Professur ungleiche Karrierechancen gibt und geschlechtsabhängig unterschiedliche Belastungen durch Care-Arbeit und Befristungen vorliegen. Vor allem aber ist es in Wissenschaft und Forschung auch existenziell wichtig, möglichst unterschiedliche Perspektiven einzunehmen. Soziodemographisch heterogene Teams sind deshalb auch ein Qualitätskriterium – und das Merkmal Geschlecht dabei ein besonders starkes.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sachgerecht und wichtig, dass nach § 4 Abs. 1 des Landeshochschulgesetzes (LHG) die Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten für die Hochschulen in Baden-Württemberg verpflichtend vorgeschrieben ist. § 4 Abs. 7 regelt zudem die Pflicht zur Aufstellung von Gleichstellungsplänen, die regelmäßig weiterzuentwickeln sind. Das Wissenschaftsministerium hat zur Unterstützung der Hochschulen bei dieser Aufgabe Anforderungen an die Gleichstellungspläne der Hochschulen in Baden-Württemberg veröffentlicht.

Demnach bestehen klare rechtliche Vorgaben und untergesetzliche Unterstützungsangebote für die Verankerung von Gleichstellungsplänen und deren Umsetzung an Hochschulen, an denen wir auch zukünftig festhalten werden.

2. Aus Sicht der CDU Baden-Württemberg ist es entscheidend, dass die im Oktober 2025 verabschiedete ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie nicht bei Absichtserklärungen stehen bleibt, sondern dauerhaft umgesetzt wird. Nachhaltigkeit bedeutet dabei vor allem, die Maßnahmen fest in bestehende Strukturen zu integrieren und regelmäßig zu überprüfen.

Im Bereich Wissenschaft setzt die CDU auf Chancengleichheit durch verlässliche Rahmenbedingungen, ohne das Leistungsprinzip aus den Augen zu verlieren. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Mentoring- und Beratungsangeboten, die Wissenschaftlerinnen begleiten und gezielt unterstützen. Ergänzend sollen Gleichstellungsziele strukturell verankert werden, etwa durch transparente und faire Berufungsverfahren sowie gezielte Förderprogramme. Wichtig ist der CDU dabei, dass Hochschulen genügend Gestaltungsfreiheit behalten. Zur nachhaltigen Umsetzung der Gleichstellungsstrategie fordert die CDU zudem eine regelmäßige Evaluation der Maßnahmen.

Geschlechtersensible Medizin ist wichtig, um Über-, Unter- und Fehlversorgung zu vermeiden, weil biologische Unterschiede und soziokulturell geprägte Zuschreibungen einen erheblichen Einfluss auf Gesunderhaltung und Prävention, Krankheitsverläufe, Diagnostik sowie Therapieangebote haben. Die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie definiert im ersten Schritt 14 konkrete Maßnahmen, um Geschlechtersensibilität in der Medizin zu stärken.

Auf Grundlage eines kontinuierlichen Monitorings gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen sowie deren Auswirkungen auf den Gleichstellungsfortschritt

wird die Gleichstellungsstrategie regelmäßig weiterentwickelt werden. Im Lichte der zukünftigen Erkenntnisse wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein, welche weiteren konkreten Maßnahmen Eingang in die Strategie finden. Diesem Prozess kann und soll nicht vorgegriffen werden.

3. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss ein vor Ort einlösbares Versprechen der Politik sein. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes, bezahlbares Angebot in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, getragen von Fachkräften und hoher Qualität. Zugleich setzen wir uns für ein beitragsfreies letztes Kita Jahr ein und wollen gemeinsam mit Bund und Kommunen eine konsistente Finanzierung erarbeiten.

Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich wollen wir bedarfsgerecht umsetzen. Zur Umsetzung hat die CDU-Landtagsfraktion eine Betriebskosten-Finanzierung von 68% für kommunale Betreuungsangebote eingebracht, die jahrgangsweise mit dem Rechtsanspruch aufwächst. Um Schulleitungen zu entlasten und außerschulische Partner gelingend einzubinden, befürworten wir kommunale Koordinierungsstellen Ganztagsbetreuung.

FDP

1. Verankerung von Gleichstellungsplänen

Gleichstellungspläne entfalten nachweislich Wirkung – sie sind entscheidend für das Renommee von Hochschulen, für die erfolgreiche Einwerbung nationaler und europäischer Forschungsgelder sowie für die nachhaltige Erhöhung des Professorinnenanteils. Ihre konsequente Verankerung ist daher von zentraler Bedeutung für den Fortschritt bei der Gleichstellung an Hochschulen und darf nicht geschwächt werden.

➤ **Plant Ihre Partei, die Verankerung von Gleichstellungsplänen und deren Umsetzung an Hochschulen nachhaltig zu fördern?**

Gleichstellungspläne können ein sinnvolles Instrument sein, um chancengerechte Strukturen an Hochschulen weiterzuentwickeln und Fortschritte nachvollziehbar zu machen. Deren gesetzliche Verankerung im Kontext der hochschulischen Aufgabenzuweisung in § 4 Landeshochschulgesetz gebietet es den Hochschulen darzulegen, wie sie die tatsächliche Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern. Vor diesem Hintergrund sehen wir aktuell keinen Bedarf, neue zusätzliche Verpflichtungen oder weitere formale Vorgaben einzuführen. Entscheidend ist aus unserer Sicht vielmehr, dass Gleichstellungspläne wirksam, praxistauglich und verhältnismäßig umgesetzt werden, ohne dass Hochschulen durch zusätzliche Berichtspflichten oder Detailregulierungen weiter belastet werden. Die FDP setzt in der Hochschulpolitik auf Autonomie, Ergebnisorientierung und Bürokratieabbau. Gleichstellungspläne sollten daher nicht zu einem immer weiter anwachsenden administrativen Verfahren werden, sondern ein zielgerichtetes Steuerungsinstrument bleiben, das die Hochschulen eigenverantwortlich mit Leben füllen können.

2. Umsetzung der Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

Im Oktober 2025 wurde die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg verabschiedet. Diese enthält, u.a., Maßnahmen für die Bereiche „Wissenschaft und Hochschule“ sowie „Unterschiedliche Bedarfe der Frauen- und Männergesundheit: Bedeutung und Integration in die medizinische Ausbildung“.

➤ **Was plant Ihre Partei, um dafür zu sorgen, dass die in der Strategie enthaltenen Maßnahmen in den beiden genannten Bereichen nachhaltig umgesetzt werden, so dass die Ziele erreicht werden können?**

Die FDP begrüßt, wenn Gleichstellungspolitik ressortübergreifend gedacht wird und nicht in parallelen Strukturen verpufft. Damit die in der Strategie vorgesehenen Maßnahmen nachhaltig umgesetzt werden, braucht es aus unserer Sicht vor allem zwei Dinge: erstens klare Verantwortlichkeiten und eine konsequente Evaluation der Wirksamkeit, und zweitens ausreichend Handlungsspielraum der Hochschulen, damit sie die Maßnahmen in Forschung, Lehre und Organisation sinnvoll verankern können. Dabei ist uns wichtig, dass Wissenschaft und Lehre ergebnisoffen bleiben und nicht durch politische Detailvorgaben inhaltlich gesteuert werden. Hochschulen sollen Ziele erreichen können, aber in der Wahl der Mittel frei bleiben – das ist für uns ein Kern von Hochschulautonomie.

➤ **Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Lücke in der akademischen Karriereleiter zwischen dem Abschluss der Promotion und der Professur für Frauen in BW zu schließen?**

Die FDP sieht die Phase zwischen Promotion und Professur als zentrale Engstelle, in der besonders viele hochqualifizierte Frauen das Wissenschaftssystem verlassen – häufig wegen mangelnder Planbarkeit und unzureichender Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie bzw. Care-Aufgaben. Wir setzen deshalb auf bessere Rahmenbedingungen, die wissenschaftliche Karrierewege planbarer machen und gleichzeitig die Vereinbarkeit verbessern. Dazu gehören insbesondere verlässliche, flexible und unbürokratische Betreuungsangebote, verlässliche schulische und außerunterrichtliche sowie familienfreundlichere Strukturen, damit wissenschaftliche Karrieren nicht faktisch zu einem „Entweder-oder“ werden. Zudem wollen wir den Ausbau transparenter Tenure-Track-Modelle angehen, um Leistung, Planbarkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit besser miteinander zu verbinden.

➤ **Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um Gender- und Diversitätsforschung, auch im medizinischen Bereich, weiter zu verankern?**

Gender- und Diversitätsforschung kann dort, wo sie wissenschaftlich fundiert, methodisch sauber und ergebnisoffen betrieben wird, ein legitimer Bestandteil des Forschungsprofils von Hochschulen sein. Aus Sicht der FDP ist dabei wichtig, dass Forschung nicht durch ideologische Vorgaben geprägt wird, sondern durch wissenschaftliche Standards und Qualitätssicherung. Die Verankerung solcher Forschung sollte deshalb nicht über politische Quoten oder starre Sonderprogramme erfolgen, sondern über die Autonomie der Hochschulen, über kompetitive Förderlogiken und über die Einbindung in fachlich begründete Forschungsschwerpunkte. In der Medizin unterstützen wir insbesondere, dass geschlechterspezifische Unterschiede dort berücksichtigt werden, wo sie diagnostisch und therapeutisch relevant sind, weil dies die Qualität der Versorgung verbessern kann.

➤ **Welche zuständigen strukturellen Maßnahmen zur Verankerung einer gendersensiblen Medizin in Forschung, Klinik und Lehre in der baden-württembergischen Hochschullandschaft plant Ihre Partei?**

Für eine nachhaltige Verankerung gendersensibler Medizin braucht es aus unserer Sicht praxistaugliche Strukturen, die nicht auf Symbolpolitik setzen, sondern auf fachliche Standards. Das bedeutet, dass entsprechende Inhalte in Curricula, Forschungsdesigns und klinischen Routinen dort integriert werden sollten, wo sie evidenzbasiert einen Mehrwert schaffen. Entscheidend ist, dass Hochschulen und Universitätskliniken hierfür die nötige Flexibilität erhalten und dass die Umsetzung mit Qualitätskriterien und wissenschaftlicher Evaluation verbunden wird, statt neue Bürokratieebenen aufzubauen.

3. Vereinbarkeit

Die Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaft, Beruf und Familie ist insbesondere für Studentinnen und Wissenschaftlerinnen weiterhin eine große Herausforderung, die Nachteile in der Gestaltung einer wissenschaftlichen Karriere mit sich bringt.

➤ **Welche Maßnahmen plante Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bzw. Care-Aufgaben für Wissenschaftler*innen zu fördern und prekäre Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft abzubauen?**

Die FDP sieht die Vereinbarkeit von Studium, wissenschaftlicher Qualifikation und Care-Aufgaben als entscheidenden Faktor für Chancengerechtigkeit und für die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg. Wir wollen deshalb Rahmenbedingungen stärken, die flexible Arbeitsmodelle ermöglichen und gleichzeitig verlässliche Unterstützungsstrukturen schaffen. Dazu zählen insbesondere bedarfsgerechte und flexible Kinderbetreuungsangebote sowie Entlastungsangebote für Menschen mit Pflegeaufgaben.

Beim Thema prekäre Beschäftigung ist uns wichtig, dass wissenschaftliche Karrierewege planbarer und transparenter werden und dass Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um Daueraufgaben nicht dauerhaft über unsichere Beschäftigungsverhältnisse abzubilden. Gleichzeitig setzen wir auf eine Stärkung der Hochschulautonomie, damit Hochschulen Personalentwicklung, Qualifizierungswege und interne Strukturen passgenau gestalten können. Eine moderne Wissenschaftspolitik muss aus unserer Sicht nicht nur neue Programme auflegen, sondern vor allem die strukturellen Voraussetzungen verbessern, damit gute Arbeit in Forschung und Lehre auch dauerhaft möglich bleibt.

Grüne

1. Verankerung von Gleichstellungsplänen

Gleichstellungspläne entfalten nachweislich Wirkung sie sind entscheidend für das Renommee von Hochschulen, für die erfolgreiche Einwerbung nationaler und europäischer Forschungsgelder sowie für die nachhaltige Erhöhung des Professorinnenanteils. Ihre konsequente Verankerung ist daher von zentraler Bedeutung für den Fortschritt bei der Gleichstellung an Hochschulen und darf nicht geschwächt werden.

➤ **Plant Ihre Partei, die Verankerung von Gleichstellungsplänen und deren Umsetzung an Hochschulen nachhaltig zu fördern?**

Ja, eindeutig. Gleichstellungspläne sind für uns GRÜNE kein bürokratisches Pflichtprogramm, sondern ein strategisches Steuerungsinstrument, das wir gezielt fortentwickelt haben. Mit der sachgerechteren Operationalisierung des Kaskadenmodells ermöglicht die studien-, lehr- und forschungsbereichsspezifische Betrachtung nun eine wesentlich präzisere Analyse. So können Hochschulen zielgenau identifizieren, in welchen Bereichen ehrgeizigere Zielsetzungen möglich und nötig sind.

Die Erfolge geben uns recht: Baden-württembergische Hochschulen sind bei der Einwerbung bundesweiter und europäischer Forschungsgelder hervorragend aufgestellt, auch weil Chancengleichheit dort ein zentrales Bewertungskriterium ist. Diese Instrumente wirken, und wir werden sie weiter stärken.

Gleichzeitig halten wir an der Hochschulautonomie fest. Zentrale Mittelsteuerung aus dem Ministerium lehnen wir ab – stattdessen setzen wir auf klare Rahmenvorgaben, ambitionierte Ziele und Eigenverantwortung der Hochschulen. Gleichstellungspläne bleiben verbindlich, ihre konkrete Ausgestaltung liegt dort, wo die Expertise sitzt: an den Hochschulen selbst.

2. Umsetzung der Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

Im Oktober 2025 wurde die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg verabschiedet. Diese enthält, u.a., Maßnahmen für die Bereiche „Wissenschaft und Hochschule“ sowie „Unterschiedliche Bedarfe der Frauen- und Männergesundheit: Bedeutung und Integration in die medizinische Ausbildung“

➤ **Was plant Ihre Partei, um dafür zu sorgen, dass die in der Strategie enthaltenen Maßnahmen in den beiden genannten Bereichen nachhaltig umgesetzt werden, so dass die Ziele erreicht werden können?**

Die im Oktober 2025 verabschiedete Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie ist für uns ein konkreter Arbeitsauftrag. Viele Maßnahmen für den Wissenschaftsbereich haben wir GRÜNE bereits fest verankert: Die paritätische Gremienbesetzung ist als Soll-Regelung im Landeshochschulgesetz (LHG) festgeschrieben, zentrale Förderprogramme wie das Professorinnenprogramm 2030, das Margarete-von-Wrangell-Juniorprofessorinnen-Programm und das Mathilde-Planck-Lehrauftragsprogramm sind langfristig finanziert.

Besonders wichtig: Durch die Kofinanzierung des Professorinnenprogramms fließen in den

kommenden drei Jahren so viele Mittel in die Gleichstellung wie noch nie zuvor. Im Bereich der Frauengesundheit setzen wir strukturelle Akzente: Mit der W3-Professur für Gendersensible Perioperative Medizin in Freiburg und der W2-Professur für Gendermedizin in Tübingen schaffen wir dauerhafte institutionelle Verankerung – unbefristet.

Unser Versprechen: Bei jeder künftigen LHG-Novelle und bei der Nachfolgevereinbarung zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung III werden wir gleichstellungspolitische Verbesserungen prüfen und einarbeiten – so wie wir es bereits mit der Verankerung der Aktiven Rekrutierung und der Anhebung der Mindestausstattung der Gleichstellungsbeauftragten getan haben.

➤ **Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Lücke in der akademischen Karriereleiter zwischen dem Abschluss der Promotion und der Professur für Frauen in BW zu schließen?**

Wir GRÜNE wollen im nächsten Schritt ein MINT/Medizin-Juniorprofessorinnenprogramm aufsetzen. Denn: In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften haben wir inzwischen einen großen Pool berufungsfähiger Frauen. Hier kommt es darauf an, dass diese tatsächlich berufen werden. Im MINT-Bereich und in der Medizin verlieren wir dagegen weiterhin zu viele hochqualifizierte Frauen auf den Karrierestufen zwischen Promotion und Professur. Diese Lücke wollen wir gezielt schließen.

Mit dem neuen Programm investieren wir sowohl in mehr Wissenschaftlerinnen als auch in bessere Wissenschaft: Gerade in den Ingenieurwissenschaften und der Medizin brauchen wir dringend die Geschlechterperspektive in Forschung und Lehre. Dies hat der Wissenschaftsrat 2023 klar formuliert. Wer die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen will – von Klimatechnologien bis zur personalisierten Medizin –, braucht diverse Teams und diverse Perspektiven. Es geht also nicht nur um mehr Frauen in der Wissenschaft, sondern auch um bessere Wissenschaft durch diverse Perspektiven.

➤ **Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um Gender- und Diversitätsforschung, auch im medizinischen Bereich, weiter zu verankern?**

Weder Frauen noch Männer sollen an unerkannten Symptomen oder schlecht wirkenden Therapien und Medikamenten erkranken oder sterben. Die Fakten sind eindeutig: Viele Symptome schwerwiegender Erkrankungen unterscheiden sich stark zwischen den Geschlechtern. Ein Herzinfarkt äußert sich bei einem Mann anders als bei einer Frau.

Baden-Württemberg ist hier bereits gut aufgestellt: An allen medizinischen Fakultäten wird aktuell im Bereich der Gendermedizin geforscht. Darüber hinaus wollen wir im Gesundheitsbereich Transfer, Forschung und Versorgung bezüglich der Frauengesundheit noch weiter voranbringen. Gendermedizin ist deshalb ein zentraler Forschungsbereich für eine Medizin, die allen Menschen gerecht wird.

Unser Ansatz folgt dem Prinzip des Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe: Die Geschlechterperspektive muss in alle Politikfelder integriert werden – von der Problemdefinition über die Programmplanung bis zur Evaluation. Das geplante MINT/Medizin-Juniorprofessorinnenprogramm wird hier zusätzliche Impulse setzen und die Geschlechterperspektive strukturell in Forschung und Lehre verankern.

- **Welche zuständigen strukturellen Maßnahmen zur Verankerung einer gendersensiblen Medizin in Forschung, Klinik und Lehre in der baden-württembergischen Hochschullandschaft plant Ihre Partei?**

Die beiden neu eingerichteten unbefristeten Professuren für geschlechtersensible Medizin in Freiburg und Tübingen schaffen eine dauerhafte institutionelle Basis. Das geplante MINT/Medizin-Juniorprofessorinnenprogramm wird diese Struktur weiter verstärken und dafür sorgen, dass gendersensible Perspektiven in der gesamten Breite der medizinischen Fakultäten Fuß fassen.

Unser Ziel ist eine systematische Verankerung – in der medizinischen Ausbildung, in klinischen Leitlinien, in der Forschungsförderung und in der Versorgungspraxis. Die unbefristeten Professuren sichern die Kontinuität, das Juniorprofessorinnenprogramm sorgt für die Breite.

3. Vereinbarkeit

Die Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaft, Beruf und Familie ist insbesondere für Studentinnen und Wissenschaftlerinnen weiterhin eine große Herausforderung, die Nachteile in der Gestaltung einer wissenschaftlichen Karriere mit sich bringt.

- **Welche Maßnahmen plante Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bzw. Care-Aufgaben für Wissenschaftler*innen zu fördern und prekäre Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft abzubauen?**

Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaft, Beruf und Familie ist keine Privatsache, sondern eine politische und strukturelle Aufgabe. Die Grundvoraussetzung sind qualitativ hochwertige Ganztags-Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten in ausreichender Zahl. Seit wir GRÜNE regieren, haben wir das pädagogische Personal verdoppelt und dadurch die Betreuungskapazitäten im Vergleich zu 2010 drastisch ausgebaut. Kein Zweifel: Wir sind damit noch nicht fertig.

Mit Blick auf die besonderen Anforderungen im Wissenschaftssystem – Konferenzen am Wochenende, Termine spät abends usw. – setzen wir uns für ergänzende Betreuungsmöglichkeiten ein.

Darüber hinaus unterstützen wir Regelungen im Wissenschaftssystem, die Nachteile bei der wissenschaftlichen Karriere ausgleichen.

Aus unserer Sicht sind verlässliche Karrierewege und transparente Auswahlverfahren ein entscheidendes Kriterium, um insbesondere hochqualifizierte Frauen für das Wissenschaftssystem zu gewinnen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für Juniorprofessuren mit Tenure track, Tenure-Track-Professuren und Nachwuchsgruppenleitungen ein, die frühzeitig mehr Selbständigkeit geben und die Kriterien klar festlegen, unter denen die dauerhafte Beschäftigung möglich wird.

Unser Ziel ist klar: Wenn wir wissenschaftliche Karrieren attraktiv halten wollen, müssen sie zwingend mit Familie vereinbar sein.

SPD

Verankerung von Gleichstellungsplänen

1. Plant Ihre Partei, die Verankerung von Gleichstellungsplänen und deren Umsetzung an Hochschulen nachhaltig zu fördern?

Ja, denn Gleichstellung muss wieder ein priorisiertes Thema in den Hochschulleitungen werden. Gleichstellungspläne an den Hochschulen sind zwar im Landeshochschulgesetz verankert. Doch das grün geführte Wissenschaftsministerium (MWK) hat die Vorgaben für die Gleichstellungspläne auf ein paar Zielzahlen zusammengekürzt. Das bedeutet, dass die Hochschulleitungen nun nicht mehr aufführen müssen, welche Maßnahmen sie konkret für mehr Gleichstellung an ihrer Hochschule ergreifen wollen – so kommen die Hochschulleitungen nicht ins Handeln und das Thema geht unter. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass konkrete Maßnahmen für mehr Gleichstellung wieder auf der Tagesordnung der Hochschulleitungen stehen.

Die SPD sieht bei der Gleichstellung an Hochschulen grundsätzlich noch Spielraum für verbindlichere Regelungen, z.B. in der Frage einer Quote oder Sanktionen und Belohnungen für das Erreichen oder Nicht-Erreichen von Gleichstellungszielen.

Umsetzung der Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

1. Was plant Ihre Partei, um dafür zu sorgen, dass die in der Strategie enthaltenen Maßnahmen in den beiden genannten Bereichen (Studium und Wissenschaft) nachhaltig umgesetzt werden, so dass die Ziele erreicht werden können?

Die Landesregierung hat zwar in der Gleichstellungsstrategie für den Wissenschaftsbereich festgestellt, dass der Frauenanteil unter den Professor:innen in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich ist (Baden-Württemberg: 26 Prozent, bundesweit: 28,8 Prozent) und der Frauenanteil unter den Juniorprofessor:innen seit 2021 sogar um über zwei Prozent gesunken ist (von 47,3 auf 45,1 Prozent, bundesweit: 49,4 Prozent). Doch daraus zieht Grün-Schwarz nicht die richtigen Schlüsse. Viele Frauen verlassen die Wissenschaft nach der Promotion. Dem kann mit Mentoringprogrammen für Doktorandinnen entgegengewirkt werden, beispielsweise mit dem MuT-Programm der LaKoG. Doch statt solche Programme zu stärken und besser finanziell auszustatten, hat das grün geführte Wissenschaftsministerium das Programm zusammengestrichen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die LaKoG angemessen finanziell ausgestattet wird, um u.a. Programme wie das MuT-Programm weiterentwickeln und ausbauen zu können.

Zudem wird die SPD in der Gleichstellungsstrategie mehr konkrete Maßnahmen und Instrumente zur Gleichstellung benennen, sodass Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen – auch an den Hochschulen – tatsächlich umgesetzt wird. Die Umsetzung der Gleichstellungsstrategie wird die SPD finanziell und personell besser ausstatten und mit einem wirksamen Monitoring hinterlegen. Das Chancengleichheitsgesetz wird die SPD mit Blick auf Beauftragte für Chancengleichheit anpassen, um deren Rechte zu stärken. Außerdem wird die SPD-Ausnahmetatbestände aus dem Chancengleichheitsgesetz streichen. So soll Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst konsequent durchgesetzt werden.

Die Studierendenzahlen zeigen, dass inzwischen mindestens die Hälfte der Studierenden weiblich ist. Schaut man in die einzelnen Fächergruppen, stellt sich das Verhältnis differenzierter dar, insbesondere in den MINT-Fächern. Deshalb wird die SPD den Unterricht in den MINT-Fächern bereits in der Schule stärken und Schülerinnen über spezifische Projekte für MINT-Fächer begeistern. Auf diese Weise will die SPD langfristig mehr Studentinnen für die MINT-Fächer gewinnen.

1. Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Lücke in der akademischen Karriereleiter zwischen dem Abschluss der Promotion und der Professur für Frauen in BW zu schließen?

Nach der Promotion verlassen viele Frauen die Wissenschaft. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich vom grün geführten Wissenschaftsministerium, Projekte wie die der LaKoG zusammenzuziehen, statt sie auszubauen. Das MuT-Programm der LaKoG richtete sich an Doktorandinnen und weibliche Postdocs, um sie u.a. über Mentoring zu ermutigen, eine wissenschaftliche Karriere einzuschlagen. Zudem wurde das sehr erfolgreiche, aber aufwendige Margarete von Wrangell-Programm vom MWK eingedampft und zeigt nun kaum mehr Wirkung. Faktisch bedeutet das Rückschritte in der Gleichstellung, getarnt unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus.

Die SPD wird wichtige Strukturen der Gleichstellung an den Hochschulen wie die LaKoG angemessen ausstatten und unterstützen, das ursprüngliche Margarete von Wrangell-Programm wieder aufsetzen und prüfen, inwieweit mehr Mentoring und Beratung für weibliche Promovierende und Postdocs etabliert werden kann. Zudem wird die SPD die Gleichstellungsbeauftragten mit einem Stimmrecht in allen relevanten Hochschulgremien ausstatten.

Darüber hinaus wird die SPD einen Aktionsplan zur Beseitigung des Gender-Pay-Gaps mit Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Lohntransparenz sowie zu diskriminierungsfreien Karrierewegen für alle Politikbereiche, also auch für die Hochschulpolitik, aufstellen.

1. Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um Gender- und Diversitätsforschung, auch im medizinischen Bereich, weiter zu verankern?

Gender- und Diversitätsforschung sind Querschnittsbereiche, die es gerade aufgrund der Ansiedlung zwischen mehreren Fächern und Fachgruppen schwerer hat, feste Forschungsstrukturen zu etablieren. Doch gerade Gender- und Diversitätsforschung müssen strukturell gestärkt werden, um dem gesellschaftlichen Roll-back zu begegnen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Landesregierung die Gender- und Diversitätsforschung fördert und dabei Anreize schafft, sodass bisher in Baden-Württemberg nicht vertretene Forschungsbereiche wie der MINT-Bereich auch unter der Geschlechter- und Diversitätsperspektive beforscht werden. Deshalb wird sich SPD dafür einsetzen, dass die Gender- und Diversitätsforschung in Baden-Württemberg weiter ausgebaut wird.

1. Welche zuständigen strukturellen Maßnahmen zur Verankerung einer gendersensiblen Medizin in Forschung, Klinik und Lehre in der baden-württembergischen Hochschullandschaft plant Ihre Partei?

Die SPD wird die Frauengesundheit verbessern und die Selbstbestimmung stärken. Ziel der SPD ist eine gute gynäkologische Versorgung für alle Frauen – wohnortnah, zuverlässig und ohne lange Wartezeiten. Wir lehnen es ab, Geburten oder sensible Eingriffe wie bei

Myomen, Eileiterschwangerschaften oder Krebserkrankungen zu stark in den ambulanten Bereich zu verlagern. Solche Angebote soll es nur geben, wenn die Versorgung gesichert ist und zusätzliche Unterstützung bereitsteht.

Die SPD wird das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und die Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen stärken. Kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche gehören zur Grundversorgung. Diese müssen Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein. Die SPD wird sicherstellen, dass es überall im Land Zugang zu Beratung gibt, die zukünftig auch online möglich sein soll. Außerdem wird die SPD gewährleisten, dass in jedem Teil Baden-Württembergs in zumutbarer Entfernung eine Abtreibung möglich ist. Deshalb wird die SPD eine angemessene flächendeckende Versorgung zum Gegenstand einer verbindlichen Landeskrankenhausplanung machen. Darüber hinaus wird die SPD eine landesweite Informationsplattform zu Angeboten von Schwangerschaftsabbrüchen einrichten.

Außerdem wird die SPD die Gesundheitsversorgung queerer Menschen stärken. Gesundheit ist vielfältig, genauso wie die Lebensrealitäten von queeren Menschen in Baden-Württemberg. Doch noch immer haben queere Personen schlechteren Zugang zu passgenauer medizinischer Versorgung, sei es durch fehlende Fachkenntnisse, diskriminierende Erfahrungen oder zu wenige spezialisierte Angebote. Die SPD wird queere Gesundheit gezielt stärken, Diskriminierung im Gesundheitswesen abbauen, Versorgungsstrukturen ausbauen und Forschungslücken schließen. Forschung zur gendersensiblen Medizin muss genau wie die Gender- und Diversitätsforschung strukturell gestärkt werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die gendersensible medizinische Forschung in Baden-Württemberg weiter ausgebaut wird. Dafür sollte sich Baden-Württemberg auch um Bundesmittel bemühen, beispielsweise über die im Januar 2026 gestarteten Förderprogramme des BMFTR und des BMG.

Vereinbarkeit

1. Welche Maßnahmen plante Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bzw. Care-Aufgaben für Wissenschaftler*innen zu fördern und prekäre Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft abzubauen?

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Bildung von Anfang an gebührenfrei ist. Deshalb wollen wir alle Kitas gebührenfrei machen. Zugleich treiben wir den Ausbau von Ganztagschulen mit verbindlicher Betreuung bis in den Nachmittag flächendeckend voran. Damit dies gelingt, stärken wir die Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Fachkräften in der Kinderbetreuung und sorgen so für Qualität und Verlässlichkeit. Für mehr Kita-Plätze nehmen wir 50 Millionen Euro in die Hand, um den Direkteinstieg in die Kita-Arbeit sowie die praxisintegrierte Ausbildung zu stärken und so für mehr Personal in der Kita zu sorgen. Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen und in seinen eigenen Institutionen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ermöglichen – auch in den Hochschulen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Unterstützung von Alleinerziehenden durch zusätzliche Betreuungsplätze, Beratungsangebote und gezielte Förderprogramme. Darüber hinaus investieren wir in eine familienfreundliche Infrastruktur – von sicheren Schulwegen bis hin zu mehr Freizeit- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche in Stadt und Land. Mit diesen Maßnahmen unterstützen wir alle Familien im Land, also auch Wissenschaftler:innen und Studierende mit Kindern.



Die Studierendenwerke spielen eine zentrale Rolle bei der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen, und damit auch bei der Betreuung der Kinder von Studierenden. Die SPD will eine verlässliche finanzielle Unterstützung für die Studierendenwerke schaffen. Über den Solidarpakt Studierendenwerke soll diese regelmäßig angepasst werden und zusätzlich einen einmaligen Inflationsausgleich enthalten.

Die Hochschulen in Baden-Württemberg müssen gute und sichere Arbeitgeberinnen sein, die Karrieren planbar machen. Die SPD setzt sich für den Ausbau von unbefristeten Stellen im akademischen Mittelbau ein. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden. Um motivierte Lehr- und Forschungskräfte dauerhaft für den akademischen Betrieb zu gewinnen, sind klare berufliche Perspektiven sowie die Vereinbarkeit von Familie und Forschung entscheidend. Dazu zählen auch die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte. Deshalb setzt sich die SPD für einen Tarifvertrag und Mitbestimmung für studentische Beschäftigte (TVStud) an den Hochschulen ein. Sollte ein bundesweiter Tarifvertrag aufgrund des Widerstands anderer Länder nicht realisierbar sein, wird die SPD dem Beispiel von Niedersachsen, Berlin, Hamburg und Bremen folgen und einen Landestarifvertrag TVStud für Baden-Württemberg anstreben.

Die Linke

1. Plant Ihre Partei, die Verankerung von Gleichstellungsplänen und deren Umsetzung an Hochschulen nachhaltig zu fördern?

Ja, Die Linke Baden-Württemberg plant, die Erstellung und Umsetzung von Gleichstellungsplänen verbindlich zu machen und finanziell zu steuern.

2. a) Was plant Ihre Partei, um dafür zu sorgen, dass die in der Strategie enthaltenen Maßnahmen in den beiden genannten Bereichen nachhaltig umgesetzt werden, so dass die Ziele erreicht werden können?

Die Linke Baden-Württemberg setzt sich für eine verbindliche Koppelung von öffentlichen Geldern an Gleichstellungsziele ein. Konkret fordern wir im Landtagswahlprogramm, dass Aufträge und Fördermittel des Landes nur an Betriebe und Einrichtungen vergeben werden sollen, die einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt praktizieren und Gleichstellungspläne erstellen.

b) Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Lücke in der akademischen Karriereleiter zwischen dem Abschluss der Promotion und der Professur für Frauen in BW zu schließen?

Um die prekären Karrierewege in der Wissenschaft zu beenden, die Frauen überproportional benachteiligen, fordert Die Linke Baden-Württemberg im Landtagswahlprogramm einen grundlegenden Systemwechsel: „Wissenschaftliche Dauerstellen statt Kettenverträge“. Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen und feste sowie faire Beschäftigungsbedingungen für qualifizierte Fachkräfte an allen Hochschulen einführen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, das Professorinnenprogramm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterzuentwickeln. Zudem fordern wir eine Mindestquote für Frauen von 50 Prozent bei der Neubesetzung von Führungspositionen. Um die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren zu verbessern, befürworten wir die Einführung von Tenure-Track-Professuren als wirksames Mittel für nachhaltigere Personalstrategien, von denen insbesondere Frauen profitieren können.

c) Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um Gender- und Diversitätsforschung, auch im medizinischen Bereich, weiter zu verankern?

Die Linke versteht Bildung und Forschung als Bereiche, die „in allen Bereichen feministisch sein“ müssen. Wir wollen interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte an Universitäten und Hochschulen einrichten, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Strukturen auseinandersetzen.

Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen der „forschungsorientierten Gleichstellung“ der DFG. Forschung, die durch die öffentliche Hand beauftragt oder finanziert wird, muss Wissen über die Gesundheit von Frauen und marginalisierten Geschlechtern sicherstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Vergabe von Bundesfördermitteln künftig soziale Standards, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität als Kriterien etabliert werden.

d) Welche zuständigen strukturellen Maßnahmen zur Verankerung einer gendersensiblen Medizin in Forschung, Klinik und Lehre in der baden-württembergischen Hochschullandschaft plant Ihre Partei?

Im Landtagswahlprogramm fordern wir spezifisch die Förderung von Aufklärungsarbeit und Fortbildungen zu Volkskrankheiten, die primär Frauen betreffen. Zudem setzen wir uns für den Ausbau von Gesundheitsberatungen für Frauen und eine bessere finanzielle Absicherung von Frauengesundheitszentren ein.

Strukturell muss sichergestellt werden, dass Forschung, die durch die öffentliche Hand finanziert wird, auch Wissen über die Gesundheit von Frauen generiert. In den Fort- und Weiterbildungen der Gesundheitsberufe brauchen wir häufiger Angebote zu Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität und Ausrichtung. Wir fordern, entsprechende Lehrinhalte verstärkt in die Ausbildungscurricula aufzunehmen und unterstützen Bemühungen der Länder bzw. Ärztekammern, diese Inhalte in der Fort- und Weiterbildung stärker zu verankern.

3. Welche Maßnahmen plante Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bzw. Care-Aufgaben für Wissenschaftler*innen zu fördern und prekäre Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft abzubauen?

Die Linke Baden-Württemberg will prekäre Wissenschaftskarrieren beenden: Unter dem Motto „Wissenschaftliche Dauerstellen statt Kettenverträge“ fordern wir die Abschaffung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und unbefristete Arbeitsverhältnisse für Daueraufgaben. Haushaltsfinanzierte Promotionsstellen sollen Mindestlaufzeiten von sechs Jahren haben.

Zur Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf wollen wir die Studierendenwerke landesseitig besser finanzieren, um gezielt Kitaplätze für studierende Eltern bereitzustellen. Bei befristeten Verträgen setzen wir uns für Verlängerungsansprüche von zwei Jahren pro Kind ein und fördern Führungspositionen in Teilzeit. Um Chancengleichheit zu sichern, kämpfen wir für ein elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss, und unterstützen die Bewegung für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud).